

Kiel, 05.05.2006

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 29 - Protonentherapiezentrum in Schleswig-Holstein (Drucksache 16/624)

Jutta Schümann:

Meilenstein für die Stärkung des Gesundheitslandes Schleswig-Holstein

Der Bericht des Wissenschaftsministers und der Gesundheitsministerin über den Planungsstand zu einem Protonentherapiezentrum beschreibt eines der ganz großen Investitionsprojekte im Gesundheitsbereich. Allein die Tatsache, dass DER SPIEGEL vom 03. April den Protonentherapiezentren einen sehr skeptischen Artikel gewidmet hat, zeigt, dass dieses Thema weit über den Bereich der medizinischen Fachzeitschrift und der Ärztekongresse hinaus Wellen in der gesellschaftlichen Diskussion geschlagen hat.

Viele von uns haben in ihrer Familie oder unter ihren Freunden Krebspatienten, viele von uns haben Menschen, die uns viel bedeutet haben, durch diese Krankheit verloren. Und in vielen Fällen ist die Therapie sowohl für den Kranken wie auch für die Angehörigen eine kaum erträgliche Belastung. Sowohl Bestrahlungen wie Chemotherapien verlangen den Menschen körperlich wie seelisch das Äußerste ab.

Die Bestrahlung von Tumoren mit Protonen oder mit Kohlenstoff-Ionen anstelle von Photonenwellen ermöglicht eine viel **besser zu begrenzende Zerstörung des befallenen Gewebes anstelle von großräumigen Gewebeverbrennungen**. Wegen der hohen Investitions- und Wartungskosten ist eine Protonentherapie finanziell sehr aufwändig; es ist allerdings Bewegung in die ursprünglich skeptische Haltung vieler Krankenkassen gekommen, die zu-

nächst bei vielen, besonders häufigen Krebsformen diese teure Therapie nicht übernehmen wollten.

Dennoch spricht bei aller gebotenen Vorsicht viel dafür, ein solches Zentrum in den norddeutschen Raum zu holen. Die Standortliste, die in dem Bericht enthalten ist, weist allein für Japan neun Standorte und für die USA fünf aus. In Deutschland arbeitet derzeit nur eines in Darmstadt; mehrere weitere sind in unterschiedlichen Phasen der Planung und Vorbereitung.

Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich Ende 2005 in einem Verfahren geeinigt, wonach der **Standort Kiel des UKSH Vorrang haben** soll, wenn es gelingt, die nötigen Verträge bis Mitte August unter Dach und Fach zu bringen; denn eine Realisierung ist natürlich nur in Form einer PPP (privat-öffentliche Partnerschaft) vorstellbar. Sollte dies nicht möglich sein, hat das Hamburg UKE die Möglichkeit, bis zum Frühjahr 2007 das Projekt an sich zu ziehen.

Wir begrüßen es, dass alle Beteiligten einschließlich der Landeshauptstadt trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten bei der Standortfrage die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass das Projektmanagement Anfang dieser Woche an ein Frankfurter Unternehmen vergeben werden konnte. Ein schnelles Verfahren ist auch deshalb nötig, um den Initiatoren etwaiger Konkurrenzprojekte in Deutschland rechtzeitig ein Signal zu geben, ihre Projekte zu überdenken. Zumindest im norddeutschen Raum muss Kiel der einzige Standort bleiben.

Die Realisierung eines Protonentherapie-Zentrums in Kiel wäre aus unserer Sicht ein Meilenstein in unserem Bemühen, das „Gesundheitsland Schleswig-Holstein“ weiter zu stärken, das nicht „nur“ für seine eigenen Einwohner, sondern für den Norden Deutschlands ebenso wie für unsere skandinavischen Nachbarn Infrastruktur bereit stellt.

Wir unterstützen diese Bemühungen und beantragen eine Überweisung des Berichts in den Bildungs- und in den Sozialausschuss zur abschließenden Behandlung, wobei wir mit Sicher-

heit noch öfters Gelegenheit haben werden, uns auch im Plenum mit dem weiteren Verfahren zu befassen.